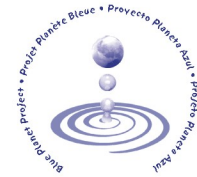


**Power
Shift**



**SIERRA
CLUB**
FOUNDED 1892



Kurzstudie von PowerShift, Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, Sierra Club, Blue Planet Project und Transnational Institute

Fracken auf TTIP komm raus – Wie das EU-USA Freihandelsabkommen Klima- und Umweltschutz untergräbt

Die englischsprachige Studie („No fracking way“) finden Sie [hier](#).

Die deutschsprachige Version erscheint leider erst morgen, am 6. März.

Bis dahin haben wir Ihnen hier eine deutsche Zusammenfassung der Kurzstudie zur Verfügung gestellt:

- Das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, kurz TTIP) könnte Öl- und Gaskonzernen den Weg ebnen für Milliardenklagen gegen Verbote und scharfe Regulierungen des ‘Fracking’ von Öl und Gas. US-Energiekonzerne oder Unternehmen mit einer Filiale in den USA könnten die geplanten Investorenrechte im TTIP nutzen, um EU-Mitgliedstaaten vor privaten Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn Regierungen umweltverschmutzende und gefährliche Energieprojekte wie ‘Fracking’ stoppen oder streng regulieren.
- Auf Basis ähnlicher Konzern-Klagerechte im Handelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko gibt es schon einen Präzedenzfall für Klagen gegen Fracking-Regulierungen. Wegen eines Fracking-Moratoriums in der kanadischen Provinz Quebec verklagt der Konzern Lone Pine die Regierung Kanadas auf 250 Millionen US-Dollar Schadensersatz.
- Das TTIP-Abkommen könnte zudem den Export von verflüssigtem, gefracktem Gas von den USA nach Europa stark ankurbeln – mit dramatische Auswirkungen für Umwelt und Klima.
- Die Risiken der Förderung von Schiefergas, das mittels Druck und Chemikalien aus tiefen Gesteinsschichten gepresst wird, sind enorm. Grund- und Trinkwasser sowie Böden können durch die Chemikalien vergiftet, Erdbeben provoziert und das Klima geschädigt werden. Menschen, die in der Nähe von Bohrtürmen leben, riskieren schwere Gesundheitsschäden.
- Infolge des wachsenden lokalen Widerstands durch hunderte Bürgerinitiativen gegen geplante Bohranlagen werden Fracking-Projekte in der Mehrzahl der EU-Länder derzeit entweder verboten (Frankreich, Bulgarien), teilweise ausgesetzt (Deutschland, Irland, Dänemark, Spanien, Niederlande, Tschechische Republik) oder strenger reguliert (Österreich, Litauen).
- Auch in den USA, wo Fracking weit verbreitet ist, wächst der Widerstand von Bürgerinitiativen. Fracking-Verbote gibt es mittlerweile in den Staaten Vermont, Pennsylvania und New Jersey sowie in zahlreichen Städten in New York, Colorado, Texas, Ohio und North Carolina.
- Energiekonzerne fechten die Fracking-Verbote schon jetzt vor nationalen Gerichten an, z.B. in Frankreich. Sollte das TTIP-Abkommen die geplanten weitreichenden Investoren-Klagerechte

beinhalten, bekämen Konzerne ein noch mächtigeres Werkzeug in die Hand um demokratische Entscheidungen anzugreifen und z.B. Schadensersatz einzuklagen, wenn Regierungen bereits erteilte Konzession für Fracking-Projekte auf öffentlichen Druck wieder zurückziehen.

- Energiekonzerne wie Chevron lobbyieren massiv für die Konzern-Klagerechte im TTIP. In seinem Lobby-Papier an die US-TTIP-Verhandler nennt Chevron explizit die Risiken bei großen Fracking-Projekten in Europa, gegen die sie sich das Unternehmen mit den Klagerechten absichern will.
- Weltweit gibt es Beispiele von geplanten Regulierungen, die allein aufgrund der Androhung einer teuren Investor-Staat Klage abgemildert wurden oder ganz in der Schublade verschwanden. In einigen Ländern könnten eher laxe rechtliche Rahmenbedingungen zur Förderung unkonventioneller Energieträger durch die Konzern-Klage-Rechte im TTIP de facto festgeschrieben und striktere Regulierungen verhindert werden.
- Attac Frankreich, Corporate Europe Observatory (CEO), PowerShift, Transnational Institute (TNI) sowie die beiden größten Umweltverbände in Europa und den USA, Friends of the Earth Europe und dem Sierra Club, fordern, die gefährlichen Investor-Staat-Klagerechte weder im geplanten transatlantischen Handelsabkommen zu verhandeln, noch in anderen Verträgen, wie dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada.